

Demokratie wagen

von Timo Reinfrank

Mit den hohen AfD-Wahlergebnissen verändert sich dieses Land. Dafür muss die Partei nicht mal an der Macht sein. Was im Westen Deutschlands mit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen noch Verwunderung hervorrief, ist im Osten vielerorts „normal“. Und auch die demokratischen Parteien scheinen sich daran gewöhnt zu haben. Denn die AfD hat es geschafft, mit einer konsequent migrationsfeindlichen und rassistisch-nationalistischen Programmatik fast alle anderen Politikfelder aus der öffentlichen Auseinandersetzung zu verdrängen. Auch für die Amadeu Antonio Stiftung kann ich selbstkritisch sagen, dass wir uns mittlerweile an ein Maß von Anfeindungen, Fake News und Hass in der Öffentlichkeit gewöhnt haben, das vor fünf Jahren noch undenkbar schien.



Die hohen Wahlergebnisse für die AfD sind keine krisenbedingte Momentaufnahme, rechtsextreme Bürgermeister*innen und Landräte bald keine Einzelfälle mehr. Die demokratischen Parteien erodieren in erschreckendem Maße, und wir diskutieren schon die Frage, was es heißt, wenn nächstes Jahr in ostdeutschen Bundesländern demokratische Mehrheiten zur Bildung von Regierungen fehlen.

Die Konsequenzen, die der stärkere Einfluss der AfD in Deutschland künftig haben wird, sind in einigen Ländern in Osteuropa schon Realität: Presse und Justiz werden bedrängt und ihre Unabhängigkeit ausgehöhlt, die Rechte der Opposition werden stark beschnitten und menschenverachtende Gesetze gegen Minderheiten wie Homo- und Transsexuelle oder Roma erlassen. In Skandinavien, wo Rechtsextreme demokratische Regierungen tolerieren oder sogar Minister*innen stellen, sorgen sie dafür, dass die fossile Energie billiger wird, Gesetze im Bereich Asyl und Migration maßlos verschärft werden und der Wohlstandschauvinismus befeuert wird. Aber auch in fast allen EU-Mitgliedstaaten fahren rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien Erfolge ein.

Ich frage mich, wann wir Demokrat*innen endlich anfangen, uns zu wehren und dem Rechts-Extremismus mit der notwendigen Klarheit und Deutlichkeit entgegenzutreten. Anstatt sich stärker zu verteidigen, wird mit dem AfD-Parteiverbot der letzte Schritt vor dem ersten überlegt. Warum werden nicht endlich rechte Straftaten mit aller Härte und Konsequenz verfolgt, warum werden Kandidat*innen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, zu Wahlen zugelassen? Wann sprechen wir darüber, ob wir Faschist*innen, die aktiv das Grundgesetz bekämpfen, das passive Wahlrecht entziehen? Wie lange noch soll der Instrumentenkasten, den die Mütter und Väter des Grundgesetzes uns hinterlassen haben, verstaubt in der Ecke stehen bleiben?

Bei allen den schlechten Nachrichten und der neuen Normalität ist es wichtig, dass wir nicht verzweifeln, sondern uns den Herausforderungen stellen. Die demokratischen Parteien müssen den markigen Worten gegen Rechtsextreme in den Parlamenten Taten folgen lassen und ihrer historischen Verantwortung aus dem Nationalsozialismus gerecht werden. Betroffene von rechter Hetze dürfen nicht länger allein gelassen, Engagierte müssen geschützt und unterstützt werden.

Deswegen wollen wir auch 2024 insbesondere in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sowie bundesweit die tollen Menschen, die sich vor Ort für unsere liberale Demokratie einsetzen, ermutigen, vernetzen und fördern – mit Bildung, Beratung und Demokratie-Campaigning. Dürfen wir mit Ihrer Hilfe und Mitwirkung rechnen? Ich würde mich sehr freuen, denn Ihre Unterstützung ermöglicht unsere Arbeit.



Quellen: Wikimedia: Lukas Götz – Thüringer Landtag Plenarsaal; PantheraLeo1359531 – Björn Höcke spricht in Mödlareuth; TC2021 – Tino Chrupalla 2020

Laut, leise, landesweit

von Stephan Anpalagan

Es ist laut. So ungeheuer laut.

Die Nachrichten fliegen über die Bildschirme. Zu den Radiosendungen gesellen sich politische Podcasts. Zeitungen und Sozialen Medien. Den ohnehin zahlreichen Expert*innen werden in Fernsehsendungen Meinungsmacher*innen zur Seite gestellt, damit sich niemand von Fakten und Tatsachen ablenken lässt.

Meldungen schießen in meinen Kopf. Die allermeisten sind schlecht. Schlechte Nachrichten über Menschheitskrisen: der Sturm aufs Kapitol, der russische Angriff auf die Ukraine und jetzt der Terror gegen Israel.

Der Terror gegen Israel: ein Massenmord an mehr als 1.400 Jüdinnen*Juden. 200 Menschen verschleppt und in der Geiselhaft von Terroristen. Kleinkinder, Männer, Frauen, Senior*innen.

In manchen Ecken ist es nicht so laut, wie man es sich wünschen würde. Einige, die sonst laut sind, schweigen. Andere, die besser schweigen sollten, sind laut. Man sieht Demonstrationen, auf denen der Terror gegen Israel geleugnet und verharmlost wird. Süßigkeiten, mit denen der Mord an Jüdinnen*Juden gefeiert wird. Davidsterne, mit denen die Häuser jüdischer Familien markiert werden. Gefährdungslagen für jüdische Fußballvereine, die ihre Spiele absagen müssen. Kein einziger Mund in diesem Land dürfte leise bleiben. Viel zu viele sind verstummt, wo lautstarker Widerspruch, wo Solidaritätsbekundungen notwendig wären.

Dafür wissen nun andere die Gelegenheit zu nutzen und ihre Thesen in die öffentliche Debatte einzubringen. Lautstark. Beinahe atemlos.

Der muslimische Antisemitismus. Der importierte Juden Hass. Über kaum etwas anderes wird dieser Tage geredet. Das ist immerhin zum Teil angemessen. Der Terror der Hamas begründet sich mit einer fundamentalistischen Version des Islam. In einigen Teilen der islamischen Welt wird die Hamas offen unterstützt. In Deutschland

schwenken viele Muslim*innen in Solidarität mit den Terroristen palästinensische Fahnen und rufen Allahu Akbar! Yallah Intifada! Nicht alle. Bei weitem nicht alle. Aber genug, dass es denjenigen Auftrieb verleiht, die schon immer auf den muslimischen Sündenbock gesetzt haben. Vor allem aber sind zu viele Muslim*innen zu still. Stellen sich den lauten Antisemit*innen in ihren Reihen zu wenig entgegen.

Überhaupt die Jüdinnen*Juden in unserem Land. Die vom Antisemitismus Betroffenen sind unbestechlich. Sie wissen ganz genau, dass die Gefahr durch den muslimischen Antisemitismus nicht die ganze Wahrheit abbildet.

Vor wenigen Wochen erst diskutierte Deutschland über die Vergangenheit des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bayerns, Hubert Aiwanger. Ein Flugblatt, das als ersten Preis einen Freiflug durch den Schornstein des KZ Auschwitz auslobte, wurde zum Lackmustest dafür, wie dieses Land mit Antisemitismus und Juden Hass umgeht.

Aiwanger schwieg, beschwichtigte, leugnete, verharmloste. Markus Söder, der Koalitionspartner Aiwangers, zögerte, zauderte, schielte auf seine Umfragewerte. Das unwürdige Schauspiel endete mit Stimmenzuwachs für einen Mann, der eine offensichtliche antisemitische Vergangenheit mit sich herumschleppt. Ende Oktober unterschreiben Söder und Aiwanger einen Koalitionsvertrag.

Die in Teilen offen antisemitische AfD erzielte bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern ihre bisher stärksten Ergebnisse in Westdeutschland. In Ostdeutschland ist sie in Umfragen bereits stellenweise stärkste Kraft. Ihre Wähler*innen stellen sich dort vor die Kamera und bekennen sich zum Nationalsozialismus. In Thüringen versuchte die CDU zur letzten Bundestagswahl mit Hans-Georg Maaßen einen Mann in den Bundestag zu hieven, der es sich in antisemitischen Gefilden gemütlich gemacht hat.

Es ist ein „Nie wieder!“ mit Pausen-Taste.

Einen der schlimmsten antisemitischen Vorfälle der vergangenen Jahre in Deutschland verübte ein Rechtsterrorist, der ein Blutbad an 50 Jüdinnen*Juden in Halle nur deshalb nicht begehen konnte, weil er an der Holztür der Synagoge scheiterte. Nicht an den Sicherheitsbehörden. Im Anschluss an den Terroranschlag beschwerte sich der sachsen-anhaltinische Innenminister, Holger Stahlknecht von der CDU, dass er nun die Polizei zum Schutz von Synagogen abstellen müsse. Ein Polizist, der im Zuge des Anschlags in Halle für die Sicherheit der jüdischen Gemeinden in Hannover verantwortlich war, entpuppte sich später als „Querdenker“, verglich die Bundesregierung mit



dem „Dritten Reich“ und rief seine Kolleg*innen zur Befehlsverweigerung auf. Die antisemitischen WhatsApp-Gruppen, in denen Polizist*innen Hakenkreuze und Hitlerbilder teilen, scheinen bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft keinen lautstarken Protest hervorzurufen, höchstens Verärgerung über schlechte Schlagzeilen.

Diejenigen, die zu alledem stets leise waren, sind nun laut. Möchten den Antisemitismus „ohne Wenn und Aber“ bekämpfen. Den Antisemitismus der Migrant*innen. Den Migrant*innen. Den Migrant*innen.

„Gegen jeden Antisemitismus“ bedeutet allerdings, Juden Hass konsequent zu benennen und zu bekämpfen. Egal, aus welcher Ecke er kommt. Insbesondere aber den, der in der eigenen politischen Heimat wie Unkraut aus dem Boden sprießt. Und den wiederum gibt es leider überall.



Stephan Anpalagan wurde 1984 in Sri Lanka geboren und wuchs in Wuppertal auf. Er ist Geschäftsführer der gemeinnützigen Strategieberatung „Demokratie in Arbeit“ und schreibt über Rechtsextremismus, Sicherheitsbehörden und Identität. 2023 erschien sein Buch „Kampf und Sehnsucht in der Mitte der Gesellschaft“ im S. Fischer Verlag.

© Boris Breuer

Eine Gesellschaft ohne Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – das ist seit 25 Jahren Ziel der Amadeu Antonio Stiftung. Dafür fördern wir lokale Initiativen, unterstützen Opfer rechter Gewalt und klären auf: über Hass und Hetze, Verschwörungsmythen und Demokratiefeindschaft. Gemeinsam mit vielen mutigen Menschen setzen wir uns für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft ein. Das geht nur mit Ihrer Unterstützung. Danke für Ihre Spende!

www.amadeu-antonio-stiftung.de



Projekte, die etwas bewirken

Bundesweit gibt es Menschen und Initiativen, die sich für unsere Demokratie, gegen Hetze und menschenfeindliche Ideologien engagieren – und die die Amadeu Antonio Stiftung mithilfe ihrer Spender*innen fördert und praktisch unterstützt.

Ein Yortsayt für Marwa-El Sherbini

Am 1. Juli 2009 wurde Marwa-El Sherbini in Dresden erstochen, aus einem rassistischen und muslimfeindlichen Motiv. Ihr Todestag wurde zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Seit 2019 findet an diesem Tag eine Yortsayt-Gedenkveranstaltung auf dem nach ihr benannten Marwa-El-Sherbini-Platz in Bremen statt. „Yortsayt“ entstammt dem Jiddischen und bezeichnet den Jahrestag einer Beerdigung. Mit einem vielfältigen Programm wurde dieses Jahr besonders auf die Gefahren von Verschwörungsnarrativen und Antifeminismus aufmerksam gemacht.

■ Bremen



Erinnerung an „Asoziale“: Gedenkstele Sachsenhausen

Mit der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ 1938 wurden innerhalb weniger Tage mehr als 10.000 von den Nazis als „asozial“ gebrandmarkt Menschen in verschiedene Konzentrationslager verschleppt. Überlebende Häftlinge wurden nie entschädigt, noch lange stigmatisiert und in der öffentlichen Erinnerung vergessen. Eine neue Gedenkstele in Sachsenhausen, initiiert von Angehörigen der Verfolgten, erinnert an sie.

■ Oranienburg, Brandenburg

Flagge zeigen gegen Antisemitismus im Fußball: Oranje Berlin

Bei einem Jugendspiel im November 2022 zeigten Spieler von Hertha 06 ihren Gegnern vom jüdischen Verein TuS Makkabi den Hitlergruß und riefen antisemitische Sprüche. Vor diesem Hintergrund will der Jugendverein Oranje Berlin ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Diskriminierungsformen im Fußball setzen – mit einer Diskussionsrunde und Bannern auf dem Feld.

■ Berlin



Jugend gegen rechts: Rock'n Wagon Festival

Im Landkreis Görlitz gibt es eine starke rechtsextreme Szene und hohe Wahlergebnisse der AfD. Und für nicht-rechte Jugendliche gibt es nur wenige Orte. Das will das Festival Rock'n Wagon ändern. Mit Musik, Workshops, Infoständen, Siebdruck und Graffiti entsteht ein Ort der Begegnung und des politischen Austauschs, der klare Kante gegen Rechtsextremismus zeigt.

■ Sandförlitz, Sachsen



Bunt statt braun: CSD Zwickau

Der Christopher Street Day in Zwickau ist nicht nur eine Party, sondern ein mutiges Statement: 2022 wurde der queere Demozug von verummten Neonazis mit Böllern und Flaschen angegriffen, ähnliche Szenen gibt es sachsenweit auf Pride-Demos. Aber das Bündnis lässt sich nicht einschüchtern – und setzt sich weiterhin auf der Straße gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein.

■ Zwickau, Sachsen



Im Porträt: 25 Jahre Brandenburger Opferperspektive

Seit 1998 berät der Verein Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung. Seine Arbeit war eine Antwort auf die Baseballschlägerjahre. Und lieferte die Blaupause für Beratungsstellen bundesweit.

von Nicholas Potter

Anfang der 1990er Jahre: Die Mauer ist gefallen, und rechtsextreme Gewalt steigt rasant. Eines der ersten Todesopfer der sogenannten Baseballschlägerjahre ist Amadeu Antonio, der in Eberswalde von Neonazis zu Tode geprügelt wird. Aber es gibt auch viele andere, deren Schicksale bis heute weitgehend unbekannt sind. Eine Reihe von Projekten aus selbstorganisierten Jugendzentren will dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen: praktische Solidarität für Betroffene.

Aus diesen Strukturen entsteht 1998 die Opferperspektive, das erste Projekt, das die junge Amadeu Antonio Stiftung – im selben Jahr gegründet – fördert. „Rechte Gewalt war damals ganz selbstverständlicher Alltag für viele Menschen“, erinnert sich Anne Brüggemann, Projektkoordinatorin des Vereins, „und die mediale Behandlung des Themas war sehr Täterzentriert“. Deshalb „Opferperspektive“, auch wenn Brüggemann heute lieber von der „Betroffenenperspektive“ spricht. „Der Name steht in Abgrenzung zur überall vorhandenen Täterperspektive“, sagt die 46-jährige. Damals lautete die These, rechtsextreme Täter*innen seien Verlierer*innen, „akzeptierende Jugendarbeit“ war an der Tagesordnung. „Bei uns ging es um einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel“, so Brüggemann.

25 Jahre später ist die Opferperspektive eine Erfolgsgeschichte. Sie gilt als erste Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt, als Blaupause für ähnliche Strukturen in ganz Deutschland und bietet inzwischen auch eine Antidiskriminierungsberatung. „Unseren Ansatz kann man mit dem der autonomen Frauenhäuser vergleichen“, erklärt Brüggemann. „Wir bieten eine individuelle, parteiiche Unterstützung.“ Brüggemann sitzt im Büro des Vereins – eine in die Jahre gekommene Villa am Griebnitzsee in Potsdam mit hohen Decken und viel Charme, wo die rund 20 Mitarbeiter*innen arbeiten. An der Wand klebt ein Plakat mit Strand und Sonne: „Schöner leben ohne Nazis“ steht darauf.

Zum Projektansatz gehören „Interventionen“: „Wir versuchen, die Stimme der Betroffenen zu stärken. Denn so ein Angriff ist kein individuelles Problem, es gibt eine strukturelle Dimension“, so Brüggemann. Rechte Gewalttaten seien Botschaften. „Es geht oft nicht um die einzelnen Betroffenen, sie werden eher zufällig ausgewählt.“ 138 rechtsextreme Übergriffe zählt die Opferperspektive 2022 in Brandenburg. Seit 2002 wertet der Verein solche Gewalttaten statistisch aus und kommt dabei auf höhere Zahlen als die Sicherheitsbehörden. Auch 23 Todesopfer rechter Gewalt hat die Opferperspektive seit 1990 dokumentiert, dazu 9 Verdachtsfälle.

Im vergangenen Jahr stand Brandenburg wiederholt in den Schlagzeilen: Nachdem sie einen Brandbrief wegen rechtsextremer Vorfälle geschrieben hatten, wurden zwei Lehrer*innen aus Burg massiv angefeindet und verließen schließlich die Schule. In einem Ferienlager in Heidesee wurde eine Berliner Schulklasse rassistisch beleidigt und bedroht. Solche Vorfälle landen auf Brüggemanns Tisch. „Wir haben zahlreiche Fälle von Mobbing in der Nachbarschaft, vor allem gegen geflüchtete Familien“, sagt sie. Dazu zählen Verleumdungen, ungerechtfertigte Anzeigen bei der Polizei, zerkratze Briefkästen, aber auch Körperverletzung.

Vor diesem Hintergrund blickt Brüggemann mit Sorge auf die Landtagswahl. Laut Umfragen steht die AfD weit vorn, zuletzt mit 32 Prozent. „Für potenziell Betroffene wäre das furchtbar“, sagt sie über einen Sieg der Rechtsradikalen, „die Stimmung wäre noch bedrohlicher“. Schon jetzt will die AfD Initiativen gegen Rechts mit parlamentarischen Anfragen einschüchtern. Auch das zeigt: Nach 25 Jahren ist die Opferperspektive nötiger denn je.



MIT IHRER SPENDE GEGEN NAZIS. UND FÜR EINE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT.

- Ich spende per Lastschrift _____ €
 ■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Spendenkonto: GLS Bank, IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00

- Ich möchte den monatlichen E-Mail-Newsletter erhalten.

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin, amadeu-antonio-stiftung.de, November 2023
 Redaktion: Nicholas Potter, Robert Lüdecke und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
 Lektorat: Britta Kollberg, Illustrationen: gegenfeuer – büro für gestaltung, Gestaltung: Design